

über die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom
23.06.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 18:04 Uhr
Ende: 20:13 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Frau Vanessa Klein

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Lisa Pientak

Herr Joris Schüller

Vertretung für Herrn Lucas Risse

Vertretung für Frau Laura Töpfer

Vertretung für Herrn Holger Radenbach

Vertretung für Herrn Benedikt Reich

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Sonja Baumhauer

Frau Estelle Dageroth

Frau Simone Feldmann

Herr Martin Frömmer

Herr Peter Heimann

Herr Manfred Hein

Herr Guido Krämer

Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Mittmann
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Thomas Waters

Gast

Herr Kolja Burggräf zu TOP ö 6 und TOP nö 3
Herr Frank Hüser zu TOP ö 6 und TOP nö 3

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Holger Radenbach
Herr Benedikt Reich
Herr Lucas Risse
Frau Laura Töpfer

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung NRW - Gebäude- und Unterbringungssituation des DLRG Ortsvereins Monheim am Rhein e.V.	IX/0806
5	Stellvertretende Schriftführung für den Haupt- und Finanzausschuss	IX/0805
6	Gründung der Monheimer Wohnen GmbH	IX/0787
7	Entgeltordnung Musikschule	IX/0790

8	Änderung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit	IX/0781
9	Umstellung der Verpflegung im Rahmen eines Pilotprojektes am Mensastandort Peter-Ustinov-Gesamtschule auf das Kühlkostsystem (Cook and Chill)	IX/0771
10	Trägerschaft Kindertagesstätte in Modulbauweise an der Bregenzer Straße	IX/0780
11	Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses Friedenauer Str 17 II , in den Jahren 2017 bis einschl. 2020	IX/0767
12	Schulhofumgestaltung an der Hermann-Gmeiner-Schule	IX/0768
13	Schulneubau am Berliner Ring -Baubeschluss-	IX/0706
14	Neubau des Moki-Zentrums Heinestraße -Planungsauftrag-	IX/0707
15	Mündliche Mitteilungen	
16	Mündliche Anfragen	
16.1	Bauarbeiten an der Winrich-von-Kniprode-Schule	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift vom 04. Mai 2016 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4 Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung NRW - Gebäude- und Unterbringungssituation des DLRG Ortsvereins Monheim am Rhein e.V. Vorlage: IX/0806

Protokoll:

Die Sprecherin der PETO-Fraktion begrüßt die Empfehlung der Verwaltung, würde diese jedoch dahingehend ergänzen wollen, dass die Verwaltung langfristig für alle ortsansässigen Hilfsorganisationen ein Konzept entwickelt, das den Raumbedarf enthalte und entsprechend berücksichtigen würde. Dies werde seitens ihrer Fraktion beantragt.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält den Beschlussvorschlag ebenfalls nicht für ausreichend. Die Verwaltung solle verpflichtet werden, die Bedarfe durch Anmietung oder Neubau zu decken.

Den Aussagen der Vorredner schließe sich die die SPD-Fraktion an, so deren Sprecher.

Auch die CDU-Fraktion unterstütze den Antrag der PETO-Fraktion, erklärt der Sprecher. Allerdings sei hier eine Zeitplanung zu ergänzen, da die Formulierung „langfristig“ nicht aussagekräftig sei.

Hierzu erläutert der Bürgermeister, dass vorgesehen sei, die Gespräche mit dem DLRG Ortsverein Monheim am Rhein e.V. und den drei weiteren ortsansässigen Hilfsorganisationen in der zweiten Jahreshälfte 2016 zu führen. Die Planungsmittel für ein entsprechendes Konzept würden in den Haushalt für das Jahr 2017 eingestellt.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion merkt an, dass alle Fraktionen das gleiche Ziel verfolgen würden. Um den Hinweisen Rechnung zu tragen, stelle sie den Antrag, die Beschlussempfehlung wie folgt zu ändern:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem DLRG Ortsvereins Monheim am Rhein e.V. Gespräche zu führen und in diesen Lösungen zur kurzfristigen Abhilfe der Raumprobleme zu erreichen. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, langfristig ein Konzept zur Unterbringung aller Monheimer Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz tätig sind, zu erstellen und dieses den Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem DLRG Ortsvereins Monheim am Rhein e.V. Gespräche zu führen und in diesen Lösungen zur kurzfristigen Abhilfe der Raumprobleme zu erreichen. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, langfristig ein Konzept zur Unterbringung aller Monheimer Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz tätig sind, zu erstellen und dieses den Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

einstimmig zugestimmt

**5 Stellvertretende Schriftführung für den Haupt- und Finanzausschuss
Vorlage: IX/0805**

Beschlussempfehlung

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Monheim am Rhein bestellt Herrn Marc Steven zur stellvertretenden Schriftführung.

Gleichzeitig wird die Bestellung von Herrn Anton Weber zur stellvertretenden Schriftführung widerrufen.

einstimmig zugestimmt

6 Gründung der Monheimer Wohnen GmbH Vorlage: IX/0787

Protokoll:

Die Vorlage wird seitens der Verwaltung anhand einer PowerPoint Präsentation ausführlich erläutert.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ob die Gründung einer Genossenschaft nicht der Gründung einer GmbH vorzuziehen sei
2. Ob es ausreichend sei, die Geschäftsführung städtischen Bediensteten zusätzlich zu ihrem originären Aufgabengebiet zu übertragen und nicht eine Stelle ausschließlich für die Geschäftsführung vorzusehen
3. Ob es möglich sei, auf eine europaweite Ausschreibung zu verzichten, um regionale Firmen stärker einzubinden
4. Ob in dem erwähnten Betrag von 29. Mio. € an Eigenkapital die Grundstückswerte enthalten seien
5. Ob durch dieses Vorhaben nicht zu viel Geld gebunden und damit die liquiden Mittel unzureichend wäre

Die Verwaltung führt zu den einzelnen Punkten aus:

1. Die Genossenschaft schränke im Gegensatz zur GmbH die Handlungsfähigkeit ein. Eine gezielte Stadtentwicklung sei dann nicht mehr möglich. Zudem käme eine Genossenschaft nur in Betracht, wenn sich eine Vielzahl von Mitgliedern auch kapitalmäßig an der Gesellschaft beteiligen würden. Wer diese Mitglieder sein könnten, sei derzeit nicht ersichtlich.
2. Die Übertragung der Geschäftsführung an Frau Noll und Herrn Lobe zusätzlich zu deren jetziger Tätigkeit erfolge vorübergehend. Solange der Mietbetrieb nicht aufgenommen würde, sei das ausreichend. Sobald jedoch die Vermietungen erfolgen würden und die Wohnungsbaugesellschaft eigenes Personal eingestellt habe, sei vorgesehen, den Geschäftsführungsposten extern zu besetzen.
3. Aufgrund des Vergaberechts sei eine europaweite Ausschreibung unumgänglich. Dies schließe jedoch nicht aus, dass regionale Handwerksbetriebe involviert würden. Die Erfahrung habe gezeigt, dass bei Beauftragung von ausländischen Firmen, diese häufig für bestimmte Gewerke auf ortsansässige Betriebe zurückgreifen würden.
4. In diesem Betrag seien die Grundstückswerte in Höhe jeweils 5 Mio. € nicht enthalten.
5. Derzeit stünden liquide Mittel in Höhe von ca. 150 Mio. € zur Verfügung. Das seitens des Rates beschlossene Ziel hinsichtlich der Höhe der liquiden Mittel liege bei 180 Mio. €€ und sei nicht gefährdet.

Das geplante Vorhaben werde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

grundsätzlich unterstützt, so deren Sprecher. Jedoch kämen evtl. alternative Grundstücke in Betracht. Daher werde der folgende, gemeinsame Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob auch das Grundstück der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule, das sich grundsätzlich hervorragend für eine Wohnbebauung im Innenstadtbereich eignet, im Rahmen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu beplanen und zu bebauen ist. In diesem Zusammenhang sind auch mögliche Alternativ-Standorte für die für das gleiche Grundstück diskutierte Moschee-Nutzung zu prüfen und dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr oder dem Rat vorzulegen. Vor dem Ergebnis der Prüfungen sind keine Entscheidungen über die zukünftige Nutzung des Grundstücks zu treffen.

Das Grundstück der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule sei für den Bau eines islamischen Gemeindezentrums vorgesehen. Dass dieses Grundstück dafür hervorragend geeignet sei, werde ausführlich in der am kommenden Montag zur Verfügung stehenden Beschlussvorlage ersichtlich, erklärt der Bürgermeister. Im Übrigen sehe die Bauleitplanung hier eine Fläche für den Gemeinbedarf vor. Hierzu zähle die Unterstützung der Bedürfnisse der religiösen Vereinigungen, jedoch keine Wohnbebauung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Erläuterung, ob die Gründung einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft möglich sei.

Dies könne nur erfolgen, wenn ausschließlich sozialer Wohnungsbau betrieben werde, erklärt die Verwaltung.

Hinsichtlich des gemeinsamen Antrages sei eine ernsthafte Prüfung erwünscht, so der Sprecher der SPD-Fraktion. Das Verfahren lehne er in dieser Form ab.

Die Gründung der Wohnungsbaugesellschaft sei sehr zu begrüßen, führt die Sprecherin der PETO-Fraktion aus. Sie äußert ihre Verwunderung darüber, dass die Fläche der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule bisher nie zur Diskussion gestanden habe. Daher dränge sich die Vermutung auf, dass der Moscheebau verhindert werden solle. Darüber sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht zu entscheiden. Sofern dieses Grundstück oder auch andere Flächen zur Verfügung ständen und es gewünscht sei, könnten diese zu jedem Zeitpunkt seitens der Wohnungsbaugesellschaft erschlossen werden. Daher sei der Antrag abzulehnen.

Die Sprecher der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion äußern ihre Irritation hinsichtlich des Vorgehens und des Informationsflusses in Bezug auf den beabsichtigten Moscheebau. Hieran schließt sich eine längere Diskussion zur Zulässigkeit des Vorhabens, der Einbindung der Fachausschüsse und der Unterrichtung der Öffentlichkeit an.

Der Bürgermeister erwidert, dass das Verfahren aus seiner Sicht sehr strukturiert abgewickelt worden sei. Zuerst seien die Fraktionen unterrichtet worden. Die frühzeitige Presseberichterstattung habe er nicht veranlasst, sondern er sei von der Presse kontaktiert worden.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt mit, dass an dem Antrag festgehalten werde. Diesen stellt der Bürgermeister zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob auch das Grundstück der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule, das sich grundsätzlich hervorragend für eine Wohnbebauung

im Innenstadtbereich eignet, im Rahmen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu beplanen und zu bebauen ist. In diesem Zusammenhang sind auch mögliche Alternativ-Standorte für die für das gleiche Grundstück diskutierte Moschee-Nutzung zu prüfen und dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr oder dem Rat vorzulegen. Vor dem Ergebnis der Prüfungen sind keine Entscheidungen über die zukünftige Nutzung des Grundstücks zu treffen.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 Bündnis 90/Die Grünen, 3 CDU, 1 SPD)

Beschlussempfehlung

1. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH (MVV) gemäß § 108 Abs. 6 lit. a) GO NRW i. V. mit § 113 Abs. 1 GO NRW werden angewiesen, die erforderlichen Beschlüsse zur Gründung der Monheimer Wohnen GmbH in Kenntnis des als Anlage 4 beigefügten Gesellschaftervertrages zu fassen, Beurkundungen zu tätigen und Verträge abzuschließen, damit die MVV gemäß § 41 Abs. 1 lit. I) GO NRW die Monheimer Wohnen GmbH gründen kann. Die MVV übernehmen hierbei einen Geschäftsanteil in Höhe von 99 v.H. der Monheimer Wohnen GmbH (vormals BHKW Monheim Verwaltungs GmbH).
2. Der Rat stimmt der Gründung der Monheimer Wohnen GmbH in Kenntnis des als Anlage 4 beigefügten Gesellschaftervertrages zu und ermächtigt den Bürgermeister, die erforderlichen Beschlüsse zur Gründung der Monheimer Wohnen GmbH zu fassen, Beurkundungen zu tätigen und Verträge abzuschließen. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt hierbei einen Geschäftsanteil in Höhe von 1 v.H. der Monheimer Wohnen GmbH (vormals BHKW Monheim Verwaltungs GmbH).
3. Die für die Gründung und Übernahme der Stammeinlage für die Monheimer Wohnen GmbH benötigten Mittel in Höhe von EUR 99.000,- werden von Seiten der Stadt der MVV als Eigenkapitalaufstockung zur Verfügung gestellt. Hierfür wird gem. § 83 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen bei der Maßnahme I9000.005 (Beteiligung MVV) im Produkt 16.01.00 (Allgemeine Finanzwirtschaft) in Höhe von 99.000 € erteilt.
Zur Deckung der Kosten in Höhe von 99.000,- € werden Minderaufwendungen bzw. Minderauszahlungen im Rahmen der Unterhaltung der Landstraßen (Produkt 12.01.00 – Öffentliche Verkehrsfläche und –anlagen, Sachkonto 5216000 bzw. 7216000) herangezogen.
4. Der Bürgermeister nimmt die Rechte der Stadt Monheim am Rhein als Gesellschafterin mit einem Geschäftsanteil von 1 v.H. in der Gesellschafterversammlung der Monheimer Wohnen GmbH wahr.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Übertragung der Grundstücke „Unter den Linden“ sowie „Sophie-Scholl-Quartier“ an die städtische Wohnungsbaugesellschaft als Eigenkapitalausstattung vorzubereiten.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Eigenkapitalausstattung der Wohnungsbaugesellschaft in Höhe von 29,0 Mio. € entsprechend Wirtschaftsplan jeweils fristgerecht vorzubereiten.

einstimmig zugestimmt

7 Entgeltordnung Musikschule
Vorlage: IX/0790

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule gemäß Anlage 1. Die Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

8 Änderung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit
Vorlage: IX/0781

Beschlussempfehlung

Die Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein werden lt. der als Anlage beigefügten Synopse beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

9 Umstellung der Verpflegung im Rahmen eines Pilotprojektes am Mensastandort Peter-Ustinov-Gesamtschule auf das Kühlkostsystem (Cook and Chill)
Vorlage: IX/0771

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines Pilotprojektes die Einführung des Cook and Chill Verpflegungssystems an der durch die Peter-Ustinov-Gesamtschule und die Schule am Lerchenweg genutzte Mensa zu prüfen.

einstimmig zugestimmt

10 Trägerschaft Kindertagesstätte in Modulbauweise an der Bregenzer Straße
Vorlage: IX/0780

Beschlussempfehlung

1. Dem AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. wird die Trägerschaft der neu zu errichtenden Kindertagesstätte in Modulbauweise am Standort Linzer Straße/Bregenzer Straße übertragen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt.
2. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt den gesetzlichen Trägeranteil (derzeit in Höhe von 9%) bezogen auf die vorgesehenen 4 Kita-Gruppen ab Inbetriebnahme und für die Dauer der Laufzeit der Übergangslösung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt die für Trägerschaft und Betrieb

der Einrichtung notwendigen Verträge mit dem AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

- 11 Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses Friedenauer Str 17 II , in den Jahren 2017 bis einschl. 2020
Vorlage: IX/0767**

Beschlussempfehlung

Zur zweckgebundenen Kofinanzierung der Förderung des Mehrgenerationenhauses der Evangelischen Kirchengemeinde Monheim am Rhein, Friedenauer Str. 17.II, durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus stellt die Stadt Monheim am Rhein für die Laufzeit des Programms vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2020 jährlich 10.000 Euro zur Verfügung.

einstimmig zugestimmt

- 12 Schulhofumgestaltung an der Hermann-Gmeiner-Schule
Vorlage: IX/0768**

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schulhofgestaltung auf Basis der beigefügten Planung umzusetzen.
2. Gemäß § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen bei der Maßnahme I4001.012 im Produkt 03.01.01 (Grundschulen) in Höhe von 89.000 € erteilt. Zur Deckung der Kosten in Höhe von 89.000 € werden Erstattungsmehrleistungen aus dem Einheitslastenabrechnungsänderungsgesetz (ELAGÄndG) herangezogen.

einstimmig zugestimmt

- 13 Schulneubau am Berliner Ring
-Baubeschluss-
Vorlage: IX/0706**

Protokoll:

Die Verwaltung führt zu der im Ausschuss für Schule und Sport aufgeworfenen Frage hinsichtlich der Schulhofflächen ausführlich aus.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Angabe, ob die Schulhofflächen auch außerhalb der Schulzeit für Kinder nutzbar seien.

Die Verwaltung erklärt, dass das vorgesehen sei und führt zu den jeweiligen Zugängen aus.

Beschlussempfehlung

1. Der Schulneubau am Berliner Ring ist entsprechend der beigefügten Planung als Ergänzungsbauwerk für das Otto-Hahn-Gymnasium sowie die Sekundarschule

auszuschreiben und zu realisieren.

2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter der Investitionsnummer I 7102.085 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 18.500.000 Euro für die KG 200-700 nach DIN 276.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU)

**14 Neubau des Moki-Zentrums Heinestraße
-Planungsauftrag-
Vorlage: IX/0707**

Beschlussempfehlung

1. Am Standort Heinestraße 6 soll der Neubau des Mo.Ki-Zentrums entstehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die erforderlichen Baumaßnahmen bis zur Ausschreibungsreife zu erstellen und anschließend den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Finanzierung der Planungsleistungen erfolgt zunächst aus den im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Investition I7102.084 für die Einschaltung der Planungsbeteiligten bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 0,5 Mio. €.
4. Der Kostenrahmen für das Gesamtprojekt liegt bei 6,94 Mio. € abzgl. der bereits etatisierten Haushaltsmittel in Höhe von 0,5 Mio. €, so dass die verbleibenden Haushaltsmittel in Höhe von 6,44 Mio. € im Rahmen des Haushalts 2017 noch bereit zu stellen sind.

einstimmig zugestimmt

15 Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vor.

16 Mündliche Anfragen

16.1 Bauarbeiten an der Winrich-von-Kniprode-Schule

Protokoll:

Ratsherr Goller bittet um Angaben bezüglich der vorgesehenen Zeitplanung der Bauarbeiten an der Winrich-von-Kniprode-Schule.

Die Verwaltung führt aus, dass die Bauarbeiten begonnen hätten. Die Fertigstellung inklusive der Möblierung der Räumlichkeiten sei für den Schuljahresbeginn 2017/2018 vorgesehen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin